Antragsfrist: sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung

ANTRAG

auf Verlängerung der staatlichen Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 7 Absatz 2 Satz 3 Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V)

Hiermit wird die Verlängerung der staatlichen Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung nach § 6 Absatz 1 des Weiterbildungsförderungsgesetzes (WBFöG M-V) vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 342) beantragt.

---

1. Aktenzeichen: _____

1.1. Letzter Anerkennungszeitraum: _____

2. Name und Anschrift des Trägers:

_____

_____

_____

_____

Telefon-Nr.: _____ Telefax: _____

E-Mail: _____

3. Name und Anschrift der Einrichtung, für die die Verlängerung der Anerkennung beantragt wird:

_____

_____

_____

_____

Telefon-Nr.: _____ Telefax: _____

E-Mail: _____

3.1. Name und Anschrift der Nebenstelle(n), für die die Verlängerung der Anerkennung beantragt wird:

_____

_____

_____

_____

4. Veränderungen im Anerkennungszeitraum:

4.1. Haben sich Veränderungen hinsichtlich des Namens, der Anschrift oder der Rechtsform des Trägers bzw. der Einrichtung (mit Nebenstellen) ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (Veränderungen in einer Anlage darstellen sowie Gesellschaftsvertrag und Registereintrag einreichen)

4.2. Haben sich wesentliche Veränderungen hinsichtlich des Tätigkeitsprofils der Einrichtung ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (Veränderungen in einer Anlage darstellen)

falls ja:
Die Einrichtung ist eine betriebseigene Bildungsstätte, welche ausschließlich Weiterbildung für eigene Betriebsangehörige anbietet:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung führt überwiegend Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung durch:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung ist überwiegend im Bereich der freizeitorientierten Bildung tätig:

NEIN ☐ JA ☐

4.3. Haben sich Veränderungen hinsichtlich der räumlichen und sächlichen Ausstattung ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (Aufstellung beifügen)

4.4. Haben sich Veränderungen hinsichtlich der vertretungsberechtigten Person/en ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (Registereintrag und Gesellschaftsvertrag oder entsprechende Unterlagen einreichen)

Name der nunmehr vertretungsberechtigten Person/en:

_____

4.5. Haben sich Veränderungen hinsichtlich der personellen Ausstattung, der Leiterin bzw. des Leiters und des hauptamtlich tätigen Personals ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (Anlage mit namentlicher Aufstellung, Nachweis der Qualifikation und beruflichen Werdegang einreichen)

4.6. Haben sich Veränderungen hinsichtlich des nebenberuflichen Personals ergeben?

☐ NEIN

☐ JA (aktuelle Übersicht beifügen)

5. Der Träger bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und gewährleistet eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit (§ 6 Absatz 1 Satz 2 WBFöG M-V).

6. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung im Einklang mit bestehenden Gesetzen steht und ihre Maßnahmen auf Basis der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland definierten Wertordnung durchführt.

7. Hiermit wird erklärt, dass jede Weiterbildungsveranstaltung von einer verantwortlichen Kursleiterin bzw. einem verantwortlichen Kursleiter durchgeführt wird (§ 5 Nr. 4e WBLVO M-V).

8. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung ihre Veranstaltungen grundsätzlich für alle zugänglich macht (§ 5 Nr. 5 WBLVO M-V).

9. Hiermit wird erklärt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Beginn der Veranstaltung über die Inhalte zur Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gemäß § 6 WBLVO M-V unterrichtet werden.

10. Hiermit wird erklärt, dass alle vorstehenden Angaben und die dem Antrag beigefügten Unterlagen vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.

11. Hiermit wird sich verpflichtet, der Antrag bearbeitenden Stelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Anfrage zusätzliche Auskunft über Bildungsziele und -inhalte, Organisations- und Arbeitsformen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Teilnehmerstruktur und Personal zu geben.

12. Hiermit wird sich einverstanden erklärt, dass die von ihm/ihr gemachten Angaben einschließlich personenbezogener Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch die zuständigen Behörden gespeichert werden.

Ort, Datum Unterschrift(en) vertretungsberechtigter Person(en)

Dem Antrag sind nachfolgend aufgeführte Unterlagen als Anlagen beizufügen:

1. eine Aufstellung über die im Anerkennungszeitraum durchgeführten und angebotenen Weiterbildungsveranstaltungen sowie für neu hinzugekommene Maßnahmen deren didaktisches und methodisches Konzept (bei einer Vielzahl von gleichen Veranstaltungen kann exemplarisch ein didaktisches und methodisches Konzept eingereicht werden),

2. eine Übersicht, zu welchen staatlichen oder staatlich anerkannten Abschlüssen die Veranstaltungen führen und wo und durch welche Stelle die Prüfungen abgenommen werden,

3. eine Aufstellung, welche weiteren Bescheinigungen und Zertifikate von der Einrichtung ausgestellt werden (Muster beifügen),

4. Nachweis über die Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gem. § 6 WBLVO M-V,

5. eine Aufstellung über die im Anerkennungszeitraum durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung,

6. eine Aussage zu den Mitwirkungsmöglichkeiten des pädagogischen Personals bei der Planung und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen,

7. ein Nachweis über die Maßnahmen, mit denen sich die Einrichtung einer kontinuierlichen Evaluation unterzieht und auf eine stetige Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit hinwirkt sowie

8. die Einwilligung zur Vorlage bei der Bundesagentur für Arbeit (ausgefüllt und unterschrieben)

9. ggf. ein Nachweis der Gemeinnützigkeit.

Zur Vorlage bei der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Kiel:

E I N W I L L I G U N G

Für

_____

Name der Einrichtung

_____

Anschrift

erkläre ich meine Einwilligung gemäß § 67c Abs. 2 Nr. 2 des Sozialgesetzbuches - Zehntes Buch - (SGB X), dass die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Kiel, im Rahmen der gemäß § 7 Absatz 3 der Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V) erforderlichen Stellungnahme Sozialdaten im Sinne des § 35 Abs.1 und 4 des Sozialgesetzbuches - Erstes Buch - (SGB I) dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern bekannt gibt oder übermittelt.

Die Bekanntgabe oder Übermittlung der die o. g. Einrichtung betreffenden Sozialdaten erfolgt zum Zweck der Prüfung des Antrages der o. g. Einrichtung auf staatliche Anerkennung nach dem Weiterbildungsförderungsgesetz (WBFöG M-V) und der Weiterbildungslandes-verordnung (WBLVO M-V).

Wird die Einwilligung nicht erteilt, kann die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord in seiner Stellungnahme Sozialdaten im Sinne des § 35 Abs.1 und 4 SGB I nicht bekannt geben oder übermitteln.

_____

Vertretungsberechtigte Person(en)

_____

Anschrift

_____

Ort, Datum

_____

Unterschrift